

Derartige politisch-operative Maßnahmen sind in erster Linie gegen erkannte staatsfeindliche Gruppen sowie solche kriminelle und negative Gruppierungen anzuwenden, bei denen sich auf Grund bestimmter Merkmale leicht staatsfeindliche Handlungen entwickeln können.

Sie sind aber auch in stärkerem Maße gegen Konzentrationen negativer, labiler und leicht beeinflubarer Kräfte unter der Jugend sowie unter Künstlern und Kulturschaffenden usw. zur Anwendung zu bringen - vor allem mit dem Ziel, diese rechtzeitig zu zersplittern, zu zerschlagen bzw. zu neutralisieren und in progressive Richtungen zu lenken. Es gilt, konsequenter und wirksamer die Organisatoren und Hintermänner zu entlarven und zu isolieren.

Die besondere politische Bedeutung derartiger politisch-operativer Maßnahmen besteht vor allem darin, feindlich-negative Kräfte im Innern der DDR, gegen die in Abhängigkeit von der jeweiligen politisch-operativen Lage oder aus politischen Gründen keine strafrechtlichen oder anderen offiziellen Mittel angewandt werden sollen, an ihrer Entfaltung zu hindern, sie kampf- und funktionsunfähig zu machen.

Schließlich haben die Leiter verantwortungsbewußt zu prüfen und zu entscheiden, wie unter ihrer persönlichen Anleitung und Kontrolle ausgewählte IM unter Nutzung